

Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 791.

Mittwoch, 11. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Amtliches.

Berlin, 10. November. Der König hat die Kriminal-Polizei-Inspektoren Bormann und Weber, sowie den Polizei-Assessor Lumann zu Berlin zu Polizei-Räthen ernannt.

Dem Geh. Kommerzien-Rath Louis Raben ist Namens des Deutschen Reiches das Frequentur als kais. und königlicher österr.-ung. General-Konsul in Berlin erteilt worden.

An der Sophien-Realschule in Berlin ist die Beförderung des ordentl. Lehrers Dr. Otto Thiem zum Oberlehrer genehmigt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 10. November. Die erste Kammer lehnte in ihrer heutigen Sitzung den Antrag von Dalwigk, die Verabreichung der Kirchengelose bis nach Erlebung der preussischen Kirchengelosegesetzgebung zu vertagen, mit 16 gegen 15 Stimmen ab. Die Annahme der Kirchengelose kann damit als gesichert betrachtet werden.

Genf, 10. November. Bei den Neuwahlen zum Großen Rathe sind die von der Partei der antihöfischen Radikalliberalen aufgestellten Kandidaten gewählt worden und die ihnen gegenüberstehenden Kandidaten der Independenten und Ultramontanen unterlegen.

London, 10. November. Auf dem gestrigen Banket zu Ehren des neuergewählten Lordmayor hielt Disraeli eine Rede, in welcher er sich über die gegenwärtige politische Situation ausließ. Disraeli erklärte, daß die innere Lage Englands zu Beunruhigungen keine Veranlassung gebe, was namentlich der verhältnismäßig günstigen Stellung der arbeitenden Bevölkerung zuzuschreiben sei. Derselbe besitze dort Vorrechte, wie in wenig anderen Ländern. Die Person und die Wohnung sei durch das Gesetz geschützt. Es liege den Arbeitern völlig frei, sich zum Schutze ihrer Interessen zu vereinigen; die Arbeiterklasse fühle sich deshalb zufrieden. Der Minister hob darauf hervor, daß sowohl der allgemeine Wohlstand wie die Lage der Finanzen sich zunehmend günstig gestalten. Was die auswärtigen Verhältnisse angehe, sei nicht zu leugnen, daß die Situation auf dem Kontinente nicht ohne alle Beunruhigung sei. Die englische Regierung sei jedoch fest überzeugt, daß bei allen Großmächten die aufrichtige Neigung vorhanden sei, den Frieden aufrecht zu erhalten und werde sie bestrebt sein, in diesem Sinne ebenfalls ihren moralischen Einfluß geltend zu machen.

Newyork, 10. November. Der General Sheridan hat einen Bericht an die Regierung erstattet, in welchem er ausführt, daß eine Armee von 25,000 Mann für das große Gebiet der Vereinigten Staaten nicht ausreichend erscheine.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung.

Berlin, 10. November, 12½ Uhr. Am Tische des Bundesraths Präsident Delbrück mit den Geh. Räthen Michaelis und Starke, Major Blume und anderen Kommissarien.

Präsident v. Forckenbeck theilt mit Rücksicht auf den gestern geäußerten Wunsch des Abg. v. Bernuth mit, daß zur Zeit 25 Mitglieder des Hauses beurlaubt sind, daß aber der Urlaub von 19 derselben in den nächsten acht Tagen abläuft.

Bei der dritten Beratung des Gesetzesentwurfs wegen Einführung der Reichsmünzgesetz in Elsaß-Lothringen verlangt der Abg. Simonis (Superior des Klosters Niederbrunn im Elsaß) das Wort: Es existirt gegenwärtig in Elsaß-Lothringen ein außerordentlich großer Geldmangel, so daß die Fabrikanten, wenn sie ihre Arbeiter bezahlen wollen, sich erst das Geld mit einem nicht geringen Agio kaufen müssen; hat doch neulich ein Fabrikant in einer Zeitung geäußert, er werde bald seine Arbeiter mit Briefmarken bezahlen müssen. Dieser Geldmangel besteht jetzt bei einer dreifachen Währung: der Thaler, Franken und Markenswährung. Und in diesem Augenblick legt uns die Regierung ein Gesetz vor, die eine Währung sofort anzukündigen, während die Zurückziehung der zweiten in naher Aussicht steht. Wie werden sich alsdann die Verhältnisse im Elsaß gestalten? Wir haben alsdann wohl Papiergeld, und zwar von nicht weniger als 24 deutschen Staaten. Allein dieses Papiergeld gegen Baar einzutauschen, ist ungemein schwierig. Es wurde berichtet, daß man auch auf der Bank daselbst nicht immer austauschen kann; denn Elsaß-Lothringen ist überfluthet mit wilden Tealerscheinen. Nun hat unser Land schon sehr viel gelitten durch die Einführung des Zwangscoursets des Thalers, der durch die Verordnung vom 18. November 1870 auf 3 Francs 75 Centimes festgestellt wurde. Damit ist aber die richtige Stellung des Thalers zum Franken durchaus verkehrt worden; denn der Thaler gilt außerhalb des Reichslandes nirgendwo 3 Frs. 75 Centimes. In Paris gilt er nur 3 Frs. 68 Centimes, und wo er anderwärts mehr gilt, ist der allerhöchste Cours 3 Frs. 71 Centimes. Auf wie hoch die klingende Münze beim Erlaß jener Verordnung in Elsaß-Lothringen sich belief, ist schwer zu ermitteln, allein wenn man das damals im Reichslande zirkulirende baare Geld auf 100 Millionen veranschlagt, so haben wir durch Einführung jenes Zwangscoursets einen Verlust von nicht weniger als 1 Million erlitten. Es ist ist dies gerade so, als ob wir eine Steuer in diesem Betrage hätten zahlen müssen, ohne daß wir wissen, in welche Tasche sie geflossen ist. Diese Steuer konnte natürlich nur mit dem Gelde gezahlt werden, das man hatte, also mit Franken, die man zu dem von dem Gouverneur von Elsaß-Lothringen festgestellten herabgesetzten Werthe ausgeben mußte. Damit aber sind andere Interessen vielfach geschädigt worden. Wenn z. B. ein Gutbesitzer kurz vor dem Kriege ein Gut auf Termine verkauft, oder wenn ein Kapitalist vor dem Kriege Geld angelegt hatte, so stand immer in den Verträgen, daß derselbe Werth in klingender Münze wieder zurückbezahlt werde, wie er ausgegeben war. Ist aber ein Werth von 10,000 Frs. angelegt worden, und wird diese Summe wieder bezahlt, so hat man darauf einen Verlust von 200 Frs., d. h. von 2 Prozent. Auch der gesammte Handel liegt über diese Maßregelung, die das Reichsland durch jene Verordnung erlitten. Denn die Elsaß-Lothringer Fabrikanten haben vielfachen Verkehr mit Frankreich, mit England und anderen Ländern, und nirgendwo alt das deutsche Geld so viel, als wir wirklich dafür ausgeben müssen. Was will man wohl oder was wird man wohl damit erzielen, daß, jetzt auch

die Franken sollen eingezogen werden? Vielleicht eine größere Unifikation. Allein, es ist sehr zu befürchten, daß indem man allzu rasch in diesen Häfen einlaufen möchte, man der Klippe der Fiskalung scheitert. Um solide finanzielle Zustände bald herbeizuführen, sollte man doch wohl etwas weniger unistiren wollen. Es ist vielfach als ein großer Mißgriff angesehen worden, daß man nur eine einzige Geldwährung haben will. Frankreich hat sich vor den großen Münzkrisen, wie sie andere Länder, namentlich Nordamerika betroffen haben, vorzugsweise durch seine Doppelwährung geschützt; ging einmal das Gold aus, so konnte man sich mit Silber helfen und umgekehrt. Nun aber stehen wir in Elsaß-Lothringen so, daß wir mit unserer dreifachen Währung noch eine Krise haben, aus welcher das Land sich nur schwer herausarbeiten kann. Wir haben den Franken noch und der ist uns auch sehr lieb; aber nicht allein uns, denn auch aus Berlin hörte ich, daß man 2 oder 2½ Prozent Agio zahlt, um für Thaler Franken einzukaufen. Der Frank soll uns nun weggenommen werden. Wir aber sagen: wir brauchen ihn ganz nothwendig, denn unser Verkehr besteht mit solchen Ländern, wo der Frank immer gesucht ist; vor allen anderen mit Frankreich, da müssen wir mit Franken ausahlen; sodann mit der Schweiz; dorthin verkaufen wir in großartigem Maßstabe unsere Weine und die Schweizer Weinhandler zahlen uns nur in Franken aus. Wir müssen also nothwendig einerseits Franken einnehmen, andererseits Franken ausgeben, und doch soll es jetzt mit einem Male heißen: der Frank bei uns gilt nichts mehr und hat keinen Werth mehr. Die Schwierigkeiten häufen sich bei uns in diesem Punkte unübersehbar. Wenn ich Geld nach Frankreich oder nach der Schweiz sende, so muß ich Agio zahlen, damit die Post die Sendung annehme; wird mir aber aus Frankreich oder der Schweiz Geld und zwar in Franken, zugesandt, so wird dieses Agio von der Post gar schon eingestrichen und ich bekomme durch die Post aus der Schweiz bloß Thaler und Marken ausbezahlt. Dadurch haben wir beständig große Verluste. Statt den Franken zu verdrängen, sollte man vielmehr darnach trachten, ihn festzuhalten oder uns so die Zustände zu schaffen, welche das Geld aus Frankreich nach dem Elsaß herüberfließen lassen. Wollte man aber auch dies nicht, so sollte man uns doch wenigstens das aus Deutschland zu uns über den Rhein gekommene Geld gesetzlich nicht zu einem höheren Course aufzwingen als es täglich beim Bankier gilt. Wenn ich gegenwärtig 25 Frs. einnehme, kann ich dafür in Marken nur 24½ Frs. ausgeben; daß dadurch dem Handelsstande empfindliche Verluste beigebracht werden, liegt auf der Hand. Außerdem aber ist das gegenwärtige Gesetz auch ganz unnützlich; denn die Fünftfrankstücke und die Zwanzigfrankstücke verschwinden ganz von selbst und gehen nach Frankreich zurück. In dieser Beziehung spricht das Gesetz wie der Fuchs in der Lafontaine'schen Fabel, als er die Trauben nicht erreichen konnte; das Fünftfrankstück hat für Euch keinen Werth mehr, also fort damit. Um der Geldnoth abzuhelfen, wäre auch noch ein anderes Mittel geeignet, und ich begreife nicht, weshalb es nicht angewendet wird. Es scheint nämlich, daß die deutschen Münzverhältnisse nicht genügend sind, um den Bedarf an Geld anzufertigen. Nun hatten wir von jeder schon seit geraumer Zeit in Straßburg eine Münze und zwar eine der befehlsgemäßen Münzen von ganz Frankreich. Der Direktor dieser Münze ist gegenwärtig Direktor der großen Münze in Paris. Warum stellt man denn diese Münze nicht wieder her, wie es ja bereits von Elsaß aus beantragt worden ist? Es würde dadurch der gegenwärtigen Krise im Reichslande in wirksamer Weise abgeholfen werden können, und wenn andere gute Gesetze da wären, so würde der große Unterschied zwischen französischem und dem Gelde, das wir jetzt haben, ausgeglichen werden und die Verhältnisse des Landes würden dann viel besser sein, als sie jetzt sind.

Abg. Dr. Braun: Ich verstehe nicht recht, warum der Vordredner gegen das Gesetz spricht. Die Uebelstände, die er geschildert, und die zum Theil ja nicht zu bestreiten sind, sind nothwendige Ausflüsse des Uebergangszustandes, und soweit sie nicht beseitigt werden können, sind sie Mißstände, die mit der Beschaffenheit eines Landes, das sich förmlich zwischen Frankreich und der Schweiz einschiebt, unvermeidlich verbunden sind. Das kann Niemand in der Welt ändern. Der Grenzverkehr wird regulirt von dem Goldcourse, und darüber ist die deutsche Reichsgesetzgebung nicht Herr. Wir können nur bestimmen, was der Thaler bei uns gilt; auf den Werth aber, den er in Folge der Schwankungen des Courses im Auslande hat, haben wir keinen Einfluß. Soll man etwa deshalb das deutsche Reich oder die deutsche Reichsgesetzgebung anklagen? Das wäre doch tödlich. Der Vordredner hat hier eine große Lobrede auf das Münzsystem Frankreichs gehalten. Ich gebe zu, daß Frankreich weit früher als wir eine Münzreform eingeführt hat und zu einer Einheit im Münzwesen gelangt ist. Wir erkennen diesen Vorzug Frankreichs bereitwillig; dadurch, daß wir dieselbe Reform jetzt einführen. Was sodann die Lobrede auf die Doppelwährung anbetrifft, ja so sind doch auch darüber in Frankreich die Stimmen sehr getheilt. Ich will mich nicht auf die wissenschaftlichen Argumente pro und contra einlassen, ich will nur so viel sagen, daß wenn der Vordredner sich z. B. auf Herrn Bolowsky, ich dagegen eben so entschieden, auf die Autorität des Herrn de Parieu mich berufen kann, das im Wesentlichen den Standpunkt vertheidigt, den unsere deutsche Münzreform einnimmt. Und ob im Augenblick der öffentliche Zustand in Frankreich ein so sicherer ist und keine Gefahr einer Valutafälschung befürchten läßt, wissen wir nicht, wir wollen es abwarten. Dermalen zirkulirt in Straßburg Papiergeld mit Zwangscourse und die Erfahrung hat gelehrt, daß überall, wo dies der Fall ist, früher oder später Valutafälschungen eintreten, mit all den Leiden, die davon unzertrennlich sind. Wir sagen in dieser Sache: Niemand ist vor seinem Ende glücklicher zu preisen, und so wollen wir uns nicht hindern lassen, unserselbst zu thun, was nöthig ist, um Ordnung zu schaffen in Deutschland, wozu nun einmal Deutschland gehört und in Zukunft gehören wird. Alle diese Klagen laufen darauf hinaus, man hätte uns unser liebes Frankenmünzsystem lassen sollen. Ja, das geht doch nicht, daß in einem Theile Deutschlands allein die französische Währung gelten soll. Sie klagen: Wenn wir unsere Thaler aus Elsaß nach Paris schicken, so verlieren wir daran! Ja, m. H., müssen Sie denn alle ihre Thaler nach Paris schicken. Ich sehe die Nothwendigkeit davon nicht ein. Wir wollen Elsaß-Lothringen auch gar nicht die Franken und Centimes nehmen; sondern das Gesetz sagt ausdrücklich: sie sollen fernerhin zirkuliren zu dem und dem Course. Das ist doch ein Entgegenkommen, wie man es nicht größer verlangen kann. Wir gönnen Ihnen ja also mit der größten Bereitwilligkeit die Zirkulationsmittel, an die Sie gewöhnt sind und wir gewähren Ihnen dadurch die Mittel zu einem bequemen Grenzverkehr mit Frankreich und der Schweiz. Abg. Simonis: Wie lange? Wie lange? Nun eine Ewigkeit wird kein Mensch garantiren. Sie setzen sich ja auch mit uns auf den Fuß der Kündigung, sie werfen ja immer noch schmeicheleiche Blicke auf das Land jenseits der Vogesen und für diese provisorische Gemüthsstimmung, die Sie uns entgegenbringen, wollen Sie von Ewigkeiten garantirt haben? Das wäre doch sehr unbillig. Was nun die Münze in Straßburg anlangt,

so sind die Münzstücke von Straßburg in Hamburg aufgestellt und werden noch in diesem Jahre in Betrieb gesetzt. Diese Thatsache steht vollkommen außer Zweifel und erledigt sich so die in dieser Beziehung erhobene Beschwerde. Man stelle sich doch mit uns auf den Boden der Möglichkeit und dann wird man finden, daß dieses Gesetz alles, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist, zu erfüllen sucht.

Bundeskommissarius Geh. Regierungsrath v. Pommer-Esche: Ich kann dem Vordredner in manchen Beziehungen durchaus nur beitreten und muß besonders anerkennen, daß ein Geldmangel in Elsaß-Lothringen vorhanden war. Wenn er aber meint, diesem Geldmangel sei durch die Beibehaltung von drei Währungen abzuhelfen, so befindet er sich nicht in Uebereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung. Die Unistierung des Münzsystems wird sich als durchaus zweckmäßig erweisen. Die Regierung hat sich aber auch bemüht, dem Geldmangel etwas abzuhelfen, indem sie 8 Millionen in Gold und 420,000 Mark in Silber hingeschickt hat. Die Klage über die zu niedrige Tarification des Franken mag ihre Berechtigung haben, es ist aber jedenfalls nicht richtig, daß er zur Zeit der Tarification mehr werth wäre. Im Gegentheil, der Thaler war damals mehr werth als 3 Francs 75 Centimes. Auch lange Zeit nach dem 8. November 1870 konnten die Fünftfrankstücke nicht abgegeben werden zu dem Preise, wie der Thaler tarificirt war. Das Gesetz soll die Franken keineswegs verdrängen, sondern nur die Möglichkeit schaffen, die neue Markmünze einzuführen. Es fehlt jetzt jede gesetzliche Basis für dieselbe. Denn sonst würde die Regierung gar nicht im Stande sein, die Markmünze im Verkehr zu verwenden und nach ihr die Rechnungen aufzustellen. Die Befürchtung, daß durch dieses Gesetz mehr Franken als bisher verdrängt würden, ist unbegründet; die Anzahl der Münzen der Frankenwährung, die im Elsaß umlaufen, ist eine sehr geringe und wird durch dieses Gesetz nicht vermindert werden. Eine Möglichkeit, die Franken festzuhalten oder sie sogar ins Land hereinzu ziehen sehe ich nicht, auch der Abg. Simonis hat mich vergeblich darauf warten lassen, daß er ein solches Mittel angäbe. Wenn ich nun noch erkläre, daß der s 3 durchaus nicht von einer Außercoursetzung der Franken spricht, so wird der Abg. Simonis vielleicht seinen Widerspruch gegen das Gesetz abgeben.

Abg. Sonnemann: M. H. Ich will nicht das politische Gebiet berühren, welches von dem Herrn Abg. Braun in diese Sache hineingezogen worden ist. Ich meine, wir können den Abgeordneten aus Elsaß-Lothringen nur dankbar sein, wenn sie uns hier ihre Beschwerden vorbringen und sollten ihnen nicht gleich mit politischer Münze heimzahlen. (Sehr richtig! im Centrum; Ob! links.) Die erste und wesentlichste der vom Abg. Simonis vorgebrachten Beschwerden geht dahin, daß die Umrechnung zu 3,75 Frs. erfolgt, während heute 1 Thlr. nur 3,68 Frs. gilt. Wenn wir heute diese Umrechnung vorzunehmen hätten, so würde ich dem Herrn Abgeordneten vollständig zustimmen. Heute würde man die Umrechnung nicht zu 3,75 Frs. vornehmen, wenn man, wie allseitig beabsichtigt wird, gerecht sein will. Allein der Herr Abgeordnete hat übersehen, daß diese Umrechnung schon vor mehreren Jahren vorgenommen ist und daß, wenn wir heute daran nachträglich eine Veränderung vornehmen wollten, wenn wir heute sagen wollten, es wird der Thaler zu 3,68 Frs. umgerechnet, wie dann im Gegentheil denjenigen Unrecht thun, welche seit der Annexion Verbindlichkeiten kontrahirt haben. Dieser Verlust muß, wie manches andere Unglück, welches mit der Annexion in den Kauf genommen werden; daran ist nichts mehr zu ändern. Allerdings ist es wahr, daß die Handelsverhältnisse gerade in Elsaß-Lothringen durch die verschiedenen Währungen sehr zu leiden haben; die Hauptindustrie liegt in Mühlbäuren und bezieht infolge der geographischen Lage und der hergebrachten Handelsverhältnisse ihre Rohstoffe hauptsächlich aus Frankreich, aus Havre. Sie muß daher in Franken bezahlen, verkauft aber, seitdem ihr der französische Markt abgeschnitten ist, vorzugsweise nach Deutschland, nimmt also Thaler ein und verliert 2 Prozent. Das ist aber leider nicht zu ändern, das muß die elassier Industrie ertragen, als ein Uebel der Annexion. Wenn aber das Elsaß wirklich seinen Wein nach der Schweiz verkauft, nun so nimmt es doch dafür Franken ein, verliert also nicht, sondern gewinnt. Ich bin gewiß kein Gegner von Elsaß-Lothringen, muß aber dennoch ausprechen: Wir können an der Sache nichts mehr ändern. Eine andere Frage ist die, ob wir in Elsaß-Lothringen genug kleine Münzen haben. Nach persönlichen Wahrnehmungen an Ort und Stelle muß ich das bestreiten und ja, daß ein ungeheurer Mangel an Münzen existirt. Die Beträge, die uns von dem Herrn Vertreter des Bundesraths mitgetheilt worden sind, daß nämlich 8 Millionen Gold und 420,000 Mark Silber ins Reichsland gegangen sind, können den dortigen Bedürfnissen durchaus nicht genügen. Ich glaube daher meinerseits mich dahin äußern zu sollen: Wenn die deutsche Reichsregierung ernstlich will, daß den hinsichtlich des Münzwesens herrschenden Beschwerden abgeholfen werden soll, so muß sie sobald als möglich, und noch vor dem 1. Januar nächsten Jahres dafür Sorge tragen, daß sowohl Gold- als Silbermünzen in größerer Quantität nach Elsaß-Lothringen geschickt werden.

Abg. Simonis: Ich glaube, daß bei diesem Gesetze eine gute Gelegenheit wäre, die Uebelstände der Münzverhältnisse in Elsaß-Lothringen zur Sprache zu bringen. Da mußte ich aber staunen, als ich nichts Anderes als politische Gründe hörte, wo ich von Politik nichts gesprochen hatte. Andererseits wurde mir gesagt, daß 8 Mill. in Gold und 420,000 Mark in Silber ins Land gebracht sind. Der Abg. Sonnemann bemerkte, daß wir aus der Schweiz Franken bekommen und dadurch für den Verlust wieder einen Vortheil hätten. Allein diese Summe, die wir einnehmen, ist nicht so groß als die, welche wir ausenden müssen. Etwas Profit ist dabei, aber die Hände, welche die Summe einnehmen, sind nicht dieselben wie die, welche sie ausgeben. Der Abg. Braun sagte, er könne für die Ewigkeit keine Garantien geben; von Ewigkeit ist überhaupt bei endlichen Dingen keine Rede. (Sehr wahr! im Centrum.) Außerdem sagte der Herr Kommissar, daß die Franken nicht außer Cours gesetzt werden sollten; wenn beide Antworten richtig sind, so verstehe ich den s 3 gar nicht; wenn die Bestimmung über die Bekanntmachung der Außercoursetzung nicht in Anwendung kommen soll, so hängt ein wahres Damoklesschwert über unserm Haupte, heute gelten die Franken noch und morgen werden sie abgeschafft. (Widerpruch.) Habe ich falsch verstanden? (Stimmen: Ja!) Auch auf den Punkt ist nichts erwidert worden, daß durch die Erfüllung von Verträgen, die vor dem Kriege gemacht worden sind, jetzt eine Beeinträchtigung und ein Verlust von ungefähr 2 Prozent entsteht. Der Abg. Braun sagte ferner, wir bräuchten unser Geld nicht nach Paris zu schicken. Die Antwort sollte jedenfalls geistreich sein, allein ein praktischer Mann wird mir so nicht antworten. (Geister! im Centrum.) Elsaß-Lothringen hat doch nun einmal seinen Verkehr mit Frankreich, wir müssen in Paris Manches suchen, was wir in Berlin nicht finden. Elsaß hat seither eine Steuer von mindestens 1 Million dadurch bezahlt, daß man nur in Franken zahlen konnte und die Thaler niedriger angerechnet wurden. Wenn heute die 5 Milliarden bezahlt werden müßten, so würde Frankreich 100 Millionen daran

profitieren. Wenn ich nun ein Mittel angeben soll, um Franken her-
einzulocken, so möchte das nächste Mittel das sein, daß die Douane
nicht mehr so beschwerlich wäre für den internationalen Verkehr, wie
sie jetzt augenblicklich daheist. Andere Mittel würden sich bald finden.

Präsident De la Rüe: Die Mittheilung, welche vorhin gemacht
ist über die nach Elfaß-Vorbringen erfolgten Sendungen von Geld der
Markenführung sollte natürlich nicht die Bedeutung haben, auszubrü-
cken, daß damit genug geschehen sei; im Gegenteil, sie hatte nur die
Bedeutung zu zeigen, daß, so weit es die augenblickliche Lage, sowohl
die gesetzliche als die faktische es gestattet, man sich bemüht hat, dem
Mangel an umlaufendem Gelde in Elfaß-Vorbringen abzuhelfen. Es
versteht sich von selbst, daß, sobald das vorliegende Gesetz angenom-
men und auf Grund desselben die Reichsmarkführung eingeführt sein
wird, die Reichsregierung es sich aneignen lassen wird, soweit es
in ihren Kräften steht, den Bedarf an Reichsmünzen gerecht zu wer-
den. Ferner hat der Herr Vorredner den § 3 in seiner Tragweite
nicht richtig aufgefaßt; was durch diesen § 3 hat ausgeschlossen wer-
den sollen, ist die Einführung der französischen Münzen. Wenn die
Bestimmung, welche nach § 3 nicht in Anwendung kommen soll, Gesetz
würde, dann würden wir in der Lage sein, alle in Elfaß-Vorbringen
präsentirten französischen Münzen einzulösen. Was die Herausgabe
der Franken betrifft, so weiß ich nicht, ob ich den Herrn Vorredner
verstanden habe; so weit ich es verstehe, würde sein Mittel in einer
großen Revision des Zolltarifs bestehen und das kann ich für den An-
genblick als ein praktisches Mittel nicht anerkennen.

Abg. Dr. Braun: Ich möchte den Vorwurf, daß ich die Politik
einmischte, ruhig auf mir sitzen lassen, und die Praxis, die Politik aus-
zuschließen, bereitwillig acceptiren, wenn das von der andern Seite in
derselben Weise versprochen und gehandhabt würde. Das ist aber
nicht zu erwarten (Gelächter im Centrum), nämlich, daß es versprochen
wird; denn daß es gehalten würde, wenn es einmal versprochen ist,
nehme ich an. (Heiterkeit.) Sie haben die Sache schlimmer aufgefaßt,
als ich sie gemeint hatte. Die Frage, wer angefangen hat, will ich
dahin beantworten, daß ich angefangen habe, aus Anlaß dessen, daß
mir die Ausführungen des Herrn Vorredners wirtschaftlich nicht
recht begreiflich zu sein schienen und daß ich daher annahm, sie seien
nicht ganz frei von politischen Unterströmungen; außerdem veranlaßten
mich auch die Interjectionen des Abg. Simonis dazu. Mein Ver-
fahren halte ich aufrecht und bereue es zur Stunde nicht. Daß der
Uebergang von einem Münzsystem zum anderen gewisse Beschwerden
und Wirtheile mit sich bringt, ist natürlich und wird ja vom Abg.
Simonemann, dem speziellen Kenner der elsaß-lothringischen Verhält-
nisse, zugegeben. Die Leiden solcher Uebergangsstadien sind dem Elfaß
unter französischer Herrschaft auch nicht erspart geblieben. Die großen
Umwälzungen zu Ende des vorigen und zum Anfange dieses Jahr-
hunderts haben in Elfaß Lothringen die größten Devastationen auf
wirtschaftlichem Gebiete angerichtet und es sind damals Millionen
an Vermögen verloren gegangen. Wenn Sie Autoritäten dafür ha-
ben wollen, so führe ich die Herren Erdmann und Chatriau an,
welche zwar Romane schreiben, aber in durchaus realistischer Weise.
Wenn im Elfaß ein Mangel an zirkulirendem Medium ist, so wird
dem, wie wir eben gehört haben, abgeholfen werden; die wilden
Thalerheine werden ebenfalls bald verschwinden. Wenn der Abg.
Simonis etwas auszusagen hat, so mag er seine Wünsche in Form
von Amendements, die man diskutieren kann, vorlegen und mag mit
Parlamentationen über die Vergangenheit aufhören. Meine Antwort, die
Herren brauchen ihr Geld nicht nach Paris zu schicken, war nur ein
Scherz; ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß es auch an-
dere Bezugsquellen giebt als Frankreich; man kann Baumwolle z. B.
ebenfalls in Bremen kaufen, wie in Frankreich, und Kaffee eben-
falls in Hamburg wie in Havre. Außerdem aber hat das Elfaß be-
deutenden Absatz nach Deutschland. Die Preise der Weine sind um
100 Prozent gestiegen, und wo gehen sie hin? Nicht nach Frankreich,
sondern nach Deutschland. Ein großer Theil der Produkte der blühen-
den Fabrikationszweige von Elfaß Lothringen, der Spinnereien, Web-
ereien, Färbereien u. s. w. finden in Deutschland einen sehr bereitwilligen
Markt, so bereitwillig, daß unsere Produzenten sehr lebhaft Klagen
über diese Konkurrenz führen. Ich fasse alles zusammen: die
Reichsregierung ist nicht Herr über die Handelsbilanz, über die
Wechselcourse, über den Grenzverkehr. Alles dies wird von ganz an-
deren Faktoren bestimmt. Will der Abg. Simonis Amendements stel-
len, so wird er bei uns das bereitwilligste Gehör finden.

Hiermit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion
werden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes ohne Debatte unver-
ändert angenommen und schließlich das ganze Gesetz definitiv ge-
nehmigt.

Ohne Debatte werden dann in erster und zweiter Lesung die Ge-
setzentwürfe, betreffend die Besteuerung des Branntweins in Gebiets-
theilen, welche in die Zollgrenze eingeschlossen werden, und betreffend
die Abgabe von der Branntweinbereitung in den hohenzollern'schen
Landen unverändert angenommen.

Das Haus tritt hierauf in die zweite Beratung des Gesetzes-
entwurfs über den Markenschutz. Die beiden ersten Paragraphen, welche
von der Anmeldung der Markenzeichen zur Eintragung in das Han-
delsregister handeln, sowie Vorschriften über die Form der Eintragung
geben, werden ohne Diskussion genehmigt.

Zu § 3, welcher lautet: „Die Eintragung von Waarenzeichen, de-
ren Eintragung für den Anmeldenden landesgesetzlich geschützt ist, darf
nicht verweigert werden. Im Uebrigen ist die Eintragung zu verweigern,
wenn die Zeichen Zahlen, Buchstaben, Wörter, öffentliche Wappen oder
Aergerniß erregende Darstellungen enthalten“, sind von verschiedenen
Mitgliedern der freien Kommission, welche sich mit der Vorberatung
der Vorlage befaßt hat, mehrere Amendements eingebracht, welche
sämmlich den Zweck verfolgen, die Kategorien der zur Eintragung zu-
berathenen Waarenzeichen zu erweitern. So beantragen die Abgg.
Grimm und Ademann nebst mehreren anderen Abgeordneten: 1) hin-
ter „landesgesetzlich geschützt ist“ einzuschalten: „ferner von solchen Zei-
chen, welche bis zum Beginn des Jahres 1875 im Verkehr allgemeine
als Kennzeichen der Waaren eines bestimmten Gewerbetreibenden ge-
golt haben“; 2) den Schluß des Paragraphen so zu fassen: „Im
Uebrigen ist die Eintragung zu verweigern, wenn die Zeichen ausschließ-
lich in Zahlen oder Buchstaben bestehen, oder wenn sie Wörter, öffent-
liche Wappen oder Aergerniß erregende Darstellungen enthalten.“

Abg. Ricker stellt zu dem ersten Antrage das Unteramendement,
hinter „Gewerbetreibenden“ einzuschalten: „oder mehrerer Gewerbetrei-
benden eines Ortes oder eines Bezirkes.“

Von den Freunden der Amendements wird vorzüglich geltend ge-
macht, daß die im Entwurfe enthaltene Beschränkung der eintragungsfähigen
Waarenzeichen weder den Bedürfnissen des Verkehrs noch den
Handelsinteressen entspreche.

Abg. Dr. Grimm hebt hervor, daß die im Handelsverkehr ein-
geführten Marken denselben Schutz beanspruchen dürfen, wie solche,
denen ausdrücklich landesgesetzlicher Schutz gewährt ist. Dies sei der
Zweck seines ersten Amendements, welches gleichzeitig mit den in der
englischen und französischen Fabrikations-Gesetzgebung niedergelegten
Grundsätzen übereinstimme. Sein zweites Amendement sei daneben
nur von untergeordneter Bedeutung und solle wenigstens die Möglich-
keit gewähren, durch Kombination von Zahlen und Buchstaben ein-
tragungsfähige Fabrikzeichen zu schaffen. Dagegen spricht sich Abg. Dr.
Wesky gegen sämtliche Amendements aus, da seiner Meinung
nach das Publikum von Fälschungen und Täuschungen nicht geschützt
sei, sobald es einmal zulässig wäre, Zahlen oder Buchstaben mit ein-
ander oder mit anderen Zeichen zu Fabrikzeichen zu kombiniren. Dann
genüge eine unumstößliche Veränderung, vielleicht das Weglassen resp.
Einzufügen eines unmerklichen Zeichens oder eines wenig beachteten
Buchstabens, um gewissen Fabrikanten unter einer Marke, welche der-
jenigen irgend einer renommirten Firma zum Verwechseln ähnlich sei,
als Waare dieser Firma sei Eingang zu verschaffen.

Abg. Dr. Oppenheim ist ebenfalls gegen die Abänderungsan-
träge. Wollte man Buchstaben als Fabrikzeichen gestalten, so könnten
möglichst Weise diese später die Initialen einer neu entstehenden Firma
werden, der man dann nicht verwehren könne, ihre Firmen-Initialen
auf ihre Waaren zu legen.

Abg. Dr. Reichensperger (Krefeld): Das Verbot der Buch-
staben als Waarenzeichen müsse in der Praxis zu den größten Kon-

troverben führen. Wir wissen nicht, ob bloß Buchstaben der lebenden
Sprachen ausgeschlossen sind, z. B. griechische Zeichen zulässig seien oder
nicht. Kein Mensch weiß die Zulässigkeit chinesischer Buchsta-
ben. Wenn man gegen die damit herbeigeführte Möglichkeit
einer Täuschung des Publikums einwenden lasse, daß gelte von allen
Fabrikzeichen überhaupt. Dasselbe lasse sich beispielsweise gegen einen
Stern einwenden, der bald 3, 5, 6 oder 7 Rinken haben könne.

Bundes-Kommissar Geh. Ober-Reg.-Rath Nieberding bemerkt,
es liege keine Veranlassung vor, Fabrikzeichen, die vielleicht im Verkehr
bereits eine gewisse Anerkennung gefunden, denen gleichzustellen, welche
durch die Landesgesetzgebung geschützt seien, und für deren Inhaber
daher ein vermögensrechtliches Interesse bei ihrer Konserbierung vor-
handen sei. Er müsse daher um Ablehnung der Grimm'schen Anträge
bitten; selbst wenn dieselben den Wünschen der Interessenten entsprä-
chen, so ständen sie mit dem Interesse des Publikums in Widerspruch,
und dieses sei an erster Stelle maßgebend. Das Ricker'sche Amendement
empfehle sich um so weniger zur Annahme, als es den Interes-
sentenkreisen, auf welche es Bezug nehme, an jedem Organe einer legi-
timen Vertretung fehle.

Abg. Dr. Harner erklärt sich gegen den zweiten, aber für den
ersten der Grimm'schen Anträge, da die im Verkehr wirklich anerkannten,
wenn auch durch die Landesgesetzgebung bisher nicht geschützten
Waarenzeichen sehr wohl im Interesse des Handels den Schutz des
Reiches verdienen.

Der erste Antrag Grimm wird hierauf unter Ablehnung
des Ricker'schen Unteramendements angenommen; der zweite
der Grimm'schen Anträge dagegen abgelehnt und § 3 hierauf in
amendirter Fassung angenommen.

§ 4 lautet: „Die Eintragung erfolgt unter der Firma des Anmel-
denden. Die Zeit der Anmeldung ist dabei zu vermerken. Gelangt ein
bereits eingetragenes Waarenzeichen aus Anlaß der Verlegung der
Hauptniederlassung wiederholt zur Eintragung, so ist dabei die Zeit der
ersten Anmeldung zu vermerken.“

Derselbe wird ohne Diskussion genehmigt.

§ 5 schreibt vor, daß die Lösung des eingetragenen Waarenzeichens
der Regel nach auf Antrag des Inhabers erfolge, von Amts wegen nur
in einigen bestimmten Fällen. Die Anfrage des Abg. Parisius, ob
das Gesetz auch für solche Gewerbetreibende bestimmt sei, deren Firma
nicht in dem Handelsregister im engeren Sinne, sondern im Genossen-
schaftsregister eingetragen sei, beantwortet Geh.-Rath Nieberding
im bejahenden Sinne. § 6 lautet: „Die erste Eintragung und die Lö-
sung eines Zeichens wird in einem öffentlichen Blatte, wel-
ches der Reichskanzler bestimmt, bekannt gemacht. Die Kosten
der Bekanntmachung der Eintragung hat der Inhaber der Firma zu
tragen.“ Abg. Dr. Oppenheim beantragt, dem ersten Satze des § 6
folgende Fassung zu geben: „Die Markenregister werden in derselben
Zeile veröffentlicht, wie die Handelsregister, während Abg. Miquel
vorschlägt, statt der im Druck hervorgehobenen Worte die Worte zu
setzen: „im deutschen Reichsanzeiger.“

Abg. Dr. Oppenheim: Nach § 6 der Vorlage soll die Be-
kannmachung der Eintragungen nur in einem Blatte erfolgen und
dieses eine Blatt vom Reichskanzler bestimmt werden. Was nun die
Zentralisation der Bekanntmachungen in einem Blatte betrifft, so
kennen die meisten Länder, welche bereits ein Gesetz über Markenschutz
haben, eine solche Zentralisation der Registrierung nicht. Und wir
sollen hier diesen Versuch machen! Das scheint mir durchaus nicht
richtig! meines Erachtens muß sich das Markenregister genau an das
Handelsregister anschließen. Man beschleße daher entweder ein
Zentralhandelsregister, oder lasse die Sache, wie sie ist. Beim Han-
delsregister, wo das Handelsregister geführt wird, kann sich jeder
Produzent auch am leichtesten orientiren und wenn die Eintragungen
beim Handelsregister im Markenregister nach den verschiedenen Indus-
triezweigen geordnet erfolgen, so wird die Uebersicht um so leichter.
Diese Uebersicht, die jeder Produzent bei dem für ihn zuständigen,
nicht weit entfernten Handelsgerichte in den Registern findet, wird
durch ein Zentralregister, wie es für die Handelsfirmen im Reichs-
kanzleramt zusammengestellt wird, keineswegs überflüssig gemacht.
Und was die Vorschrift betrifft, daß der Reichskanzler das Blatt be-
stimmen soll, in welchem die Eintragungen zu erfolgen haben, so habe
ich zwar kein Mißtrauen gegen den jetzigen oder einen künftigen Reichs-
kanzler, daß derselbe die Bekanntmachung nur in Blättern von be-
stimmter politischer Färbung geschehen lassen werde, aber ich will nur
darauf aufmerksam machen und ich berufe mich dabei besonders auf
meine Kollegen aus Sachsen, welche Inkonvenienzen zum Beispiel durch
die Benutzung der Amtsblätter entstehen könnten. Ich bitte Sie, mein
Amendement anzunehmen.

Abg. Struwwinkel empfiehlt das Amendement Miquel's.
Der Handelsstand habe ganz entschieden das Bedürfnis nach einer
Zentralisation der Bekanntmachungen ausgesprochen und der ganze Zug
der heutigen Gesetzgebung gehe dahin, derartige einheitliche Veröffent-
lichungen eintreten zu lassen.

Abg. Miquel: Die Eintragung der Firmen hat eine vorzugs-
weise lokale Bedeutung und muß dem Publikum bekannt sein; bezüg-
lich der Waarenzeichen aber kommt es darauf an, daß die Gewerbe-
treibenden sich unterrichten können, welche Zeichen bereits eingetragen
sind. Und zu diesem Zwecke ist eine offizielle Zusammenstellung sehr er-
wünscht. Mein Amendement verdient den Vorzug vor der Regierungs-
vorlage deshalb, weil nach demselben das, was die Vorlage der Will-
für des Reichskanzlers überlassen will, durch das Gesetz bestimmt
werden soll. Hierauf wird das Amendement des Dr. Oppenheim abge-
lehnt und § 6 mit der vom Abg. Miquel vorgeschlagenen Aenderung
angenommen. Der § 6 lautet somit in der angenommenen Fassung:
„Die erste Eintragung und die Lösung eines Zeichens wird in dem
deutschen „Reichsanzeiger“ bekannt gemacht. Die Kosten der Bekannt-
machung der Eintragung hat der Inhaber der Firma zu tragen.“

§ 7 lautet: „Für die erste Eintragung eines Zeichens, welches
landesgesetzlich nicht geschützt ist, wird eine Gebühr von fünfzig Mark
entrichtet.“

Von der Entrichtung einer Gebühr für die Eintragung
solcher Zeichen, welche bis zum Beginn des Jahres 1875 im Ver-
kehr allgemein als Kennzeichen der Waaren eines bestimmten
Gewerbetreibenden gegolten haben, können die Landesregierungen
entbinden.

Andere Eintragungen und Lösungen geschehen unentgeltlich.“

Abg. Ricker und Genossen beantragen am Schluß des Alin 1
hinzuzufügen die Worte: „für die erste Eintragung eines Zeichens,
welches landesgesetzlich geschützt ist, eine Gebühr von 25 Mark“; und
Alin. 2 zu streichen.

Abg. Ricker: Die Vorlage hat als Regel den Grundsatz fest-
gestellt, daß für die erste Eintragung der Waarenzeichen eine Gebühr
entrichtet werden solle. Die Ausnahme, welche sie aber von dieser
Regel im Alin. 2 des § 7 statuiert, ist durch nichts gerechtfertigt. Die
bisherigen Landesgesetzgebungen haben einen Schutz nur für ihr be-
zogenes Territorium gewährt; wenn derselbe jetzt auf das ganze
Reichsgebiet ausgedehnt wird, so ist es doch billig, daß für diese Aus-
dehnung des Schutzes eine Gebühr entrichtet wird. Ich bitte Sie,
mein Amendement anzunehmen.

Das Ricker'sche Amendement wird jedoch, nachdem Abgeord-
neter v. Cuny sich gegen und Abg. Dr. Oppenheim sich für dasselbe
erklärt hatten, abgelehnt und § 7 in der Fassung der Regierungsvor-
lage angenommen.

Es wird nunmehr ein Verlagsantrag angenommen und die
Sitzung um 4 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr
Nachmittags (Tagesordnung: Antrag des Abg. Klog betreffend die
geschäftliche Behandlung der vom Bundesrath an den Präsidenten des
Reichstags gelangten Uebersichten über die vom Bundesrath auf die
Beschlüsse des Reichstags gestakten Beschlüssen; Antrag des Abg.
v. Unruh, betreffend eine Aenderung der Geschäftsordnung, Fort-
setzung der zweiten Beratung des Gesetzesentwurfs über Markenschutz
und erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Verpflichtung
zu Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden. Der Prä-
sident theilt mit, daß er die Interpellation des Abg. Herz betreffend
den Erlaß eines Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personen-
standes und die obligatorische Zivilehe um deswillen nicht schon auf
die Tagesordnung für Mittwoch gesetzt habe, weil er die Entscheidung

des Hauses über den Antrag Klog habe vorgeben lassen wollen, die
in Bezug auf die Interpellation des Abg. Herz möglicherweise von
präjudizeller Wirkung sein könne.)

Brief- und Zeitungsberichte.

2. Berlin, 10. November. [Die deutsche Kriegsflotte.
Dienstleistungen der Offiziere.] Von kompetenter Seite
wird die Fertigstellung der noch in Wilhelmshafen im Bau begriffenen
Panzer-Fregatte „Großer Kurfürst“ als für 1875 in sichere Aussicht
stehend bezeichnet. Es würden demnach im Verlaufe des nächsten
Jahres der deutschen Kriegsflotte die sämtlichen fünf bisher
noch in der Bauausführung oder letzten Secundärstellung begriffenen
Panzer-Fregatten als zu jeder Dienstverwendung völlig vorbereitete
Schiffe hinzutreten. In Betreff der Panzer-Corvette „Hansa“ war
dies bereits für den Schluß dieses Jahres vorgeesehen, doch scheint deren
Fertigstellung sich voraussichtlich ebenfalls noch bis zum nächsten Jahre
verzögern zu wollen. Als vollständig im Bau fertig gestellt werden
pro 1875 außerdem noch 1 Glatdeck-Corvette (wahrscheinlich die
„Freya“), ein Aviso und ein Torpedo-Boot der kleineren Gattung
aufgeführt. Es würden demnach mit diesem einen Jahr der deutschen
Kriegsmarine acht, oder tatsächlich eigentlich neun Schiffe und Fahrzeuge
zuwachsen. Pro 1876 soll dies mit einer zweiten Panzer-Corvette, einem
Panzer-Fahrzeuge, einer Glatdeck-Corvette (der „Thunelnd“, einem
Aviso, einem großen und einem kleinen Torpedo-Boot, zusammen
also mit sechs Schiffen und Fahrzeugen der Fall sein. In diesem
Jahr ist dies an fertigen Schiffen tatsächlich eigentlich nur
mit einer Glatdeck-Corvette (der „Louise“) der Fall ge-
wesen. Für diese neuen Glatdeck-Corvetten findet sich der
Tonnengehalt durchgehend zu 1258 Tonnen, die Maschinenkraft hin-
gegen verschieden für die Ariadne und Louise zu 2100 und für die Freya
und Thunelnd zu 2400 indirekte Pferdekraft angegeben. Alle vier fäh-
ren je 5 Geschütze, und findet sich deren Kriegsbefatzung mit je 230
Köpfen angeführt. Wahrscheinlich werden bis Abschluß 1876 der deut-
schen Kriegsflotte auch noch 2 neue Kanonenboote der „Albatros“-Klasse
hinzutreten. Die Zahl der Schiffe und Fahrzeuge derselben würde da-
mit bis zu diesem Zeitpunkt auf 35 anwachsen. Die Befatzung der
neuen Panzer-Fregatten „Kaiser“ und „Deutschland“ wird zu je 600,
die der Panzer-Thurmschiff-Fregatten „Vorussia“, „Friedrich der Große“
und „Großer Kurfürst“ zu je 500 Köpfen angegeben. Der Tonnenge-
halt der ersten beiden Schiffe stellt sich auf je 4586 Tonnen und die
Maschinenkraft, genau gleich der des „König Wilhelm“, auf 8000 indi-
rekte Pferdekraft. Der Tonnengehalt der drei Thurmschiff-Fregatten
erweist sich bedeutend geringer, nämlich nur zu 4118 Tonnen, und die
Maschinenkraft dieser Schiffe stellt sich zu je 5400 indirekte Pferdekraft.
Die „Hansa“ besitzt einen Tonnengehalt von 2372 Tonnen und eine Ma-
schine von 3000 indirekte Pferdekraft. Der Bedarf an Befatzung findet
sich für dies Schiff noch nicht angegeben. Die acht im nächsten Jahre
fertigen Panzer-Fregatten erfordern zusammen eine Kriegsbefatzung von
4400 Köpfen. Für 1874 wird der Offizier- und Mannschafstand der
deutschen Marine in folgenden Ziffern angegeben: 4 Vice- und
und Contre-Admirale, 14 Kapitän zur See, 32 Korvetten-Kapitane,
61 Kapitän-Lieutenants, 104 Lieutenant zur See, 86 Unterlieutenants
zur See, 12 Maschinen-Ingenieure, 83 Deckoffiziere (Seelente), 580
Matrosen-Unteroffiziere, 4290 Matrosen 1. und 2. Klasse, 90 Deckoffi-
ziere (Maschinen), 50 Maschinisten-Applikanten, 154 Maschinisten-
Maate, 40 Heizer-Unteroffiziere, 580 Heizer, Arbeiterpersonal 588
Köpfe, 100 Seefadetten, 300 Schiffsjungen. Mit dem Hinzutreten der
neuen Schiffe im nächsten Jahre wird dieser dienstthunende Stand der
Marine jedoch bedeutend erhöht werden müssen. — Das jährliche pen-
sionsberechtigende Dienstlohnkommen der Offiziere des deutschen
Heeres stellt sich nach einem neuerdings veröffentlichten und wohl als völlig
zuverlässig anzusehenden Ausweis für den Sekonde-Lieutenant zu 649,
Premier-Lieutenant 709, Hauptmann 2. Kl. 1197, Hauptmann 1. Kl.
1677, Stabsadjutant und Bataillons-Kommandeur 2117, Regiments-
Kommandeur 3108, General-Major 3688, General-Lieutenant 4393,
Division-Kommandeur 5143, General-Inspektor des Militärs (Er-
ziehungs- und Bildungs-Befehl 5330, Chef des General-Stabes,
Chef-Inspektor der Artillerie und des Ingenieur-Korps 6330,
kommandirender General 7330 Thlr. Die Pension wird nach
der Länge der Dienstzeit von vier Fünfteln des Dienstlohnkommens
berechnet, und stellt sich für den Sekonde-Lieutenant von 162 bis 244,
Premier-Lieutenant von 177 bis 266, Hauptmann 2. Kl. 300 bis 510,
Hauptmann 1. Kl. 420 bis 713, Major 544 bis 1362, Obersten und
Regimentskommandeur 1205 bis 2331, General-Major und Brigadekom-
mandeur 1745 bis 2991, General-Lieutenant und Division-Komman-
deur 2572 bis 3856, Chef des General-Stabes, der Artillerie, des Pio-
nier-Korps 3561 bis 4748, kommandirender General 4123 bis 5498
Thlrn. Wosfern die Pensionierung erweislich durch die Rückwir-
kung der Einkünfte eines Krieges und vor Ablauf von 5 Jahren nach
dem Friedensschluß eingetreten ist, tritt für die unteren Pensionsstufen
bis 900 Thlr. noch ein Erhöhung hinzu, welche bei den Pensionen bis
550 Thlr. 250 Thlr., bis 600, 200, 800 ebenfalls 200, 900, 100 Thlr.
beträgt. Für den Verlust eines Gliedes wird außerdem noch eine
Versäumnungszulage von 200 Thlrn. gewährt.

Königsberg, 9. Novbr. Anlässlich der bevorstehenden Ober-
bürgermeisterwahl fand am 7. d. eine Bürgerversammlung statt,
welder Prof. Dr. A. Müller präsidirte. Dieselbe hatte den Zweck,
über die Kandidaten für den erledigten Posten zu debattiren. Wie die
„N. S. B.“ meldet, erklärte sich Prof. Möller, welcher eben aus der
Vormahlskommission der Stadtverordnetenversammlung kam, bereit,
die Kandidatenliste mitzutheilen. Bisher habe man freilich die Vorbe-
rathungen geheim gehalten; indessen seien in diesem Falle die Stadt-
verordneten zu den Sitzungen zugelassen gewesen, und was hundert
Personen wüßten, wisse ja die ganze Stadt. Gemeldet haben sich die
Herren Oberbürgermeister Bollmann-Thorn, Vice-Bromberg,
Führer-Weimar, Bürgermeister Bödder-Königschütte, Senator Ko-
jenhagen-Altona, Regierungs-Rath Selig, Posen und Stadtkämmerer
Hofmann von hier. Herr Prof. Dr. jur. Baron aus Berlin habe angefragt,
ob es lohne, sich zu melden, und endlich seien von der Kommission noch
die Herren Regierungsrath Marcinowski und Tribunalsrath Klee-
mann von hier, Kreisgerichts-Direktor Reßler in Memel, Ober-
bürgermeister Becker in Halberstadt und Oberbürgermeister Selke in
Elbing als Personen vorgeschlagen, auf welche man sein Augenmerk
richten müsse. Bevor man zu der Entscheidung schreite, werde man
jetzt über die Kandidaten Erkundigungen einziehen; so lange dies nicht
geschehen, könne in eine Debatte über dieselben sogleich nicht eingetreten
werden. Im gleichen Sinne sprach sich die Mehrzahl der Redner aus,
so daß ein bestimmtes Resultat nicht erzielt wurde.

Breslau, 9. November. Generalpostdirektor Dr. Stephan war am Sonntag Nachmittag in Begleitung mehrerer höherer Postbeamten, unter denen sich auch der Ober-Postdirektor Geh. Rath Dr. Petersohn aus Leipzig befand, mit dem Personenzuge der Niederschlesisch-Märkischen Bahn hier angekommen und in dem Hotel zur goldenen Gans abgestiegen. Es handelte sich um eine Probefahrt in einem nach neuem System erbauten Eisenbahn-Postwagen, welcher aus zwei Wagen besteht, welche zusammengeklappt und mittelst Durchganges verbunden sind. Der Raum für die Pakete und das Expeditionsbüreau für die Briefe sind dabei ganz getrennt, wodurch sehr bedeutende Räumlichkeiten gewonnen werden konnten. — Diese Eisenbahn-Postwagen sollen zunächst am Rhein, im Elsaß und in Lothringen eingeführt werden.

Bonn, 7. November. Zu Bonn ist am 5. Abends nach achtzigjährigem Krankenlager Geh. Justizrath Dr. Friedr. Blumme, Professor der juristischen Fakultät, im 78. Lebensjahre gestorben; die „Köln. Ztg.“ berichtet:

Am 29. Juni 1797 zu Hamburg geboren, hatte Blumme seine Studien in Göttingen, Berlin und Jena begonnen und dann 1821 eine Reise durch Italien gemacht, um die dortigen Bibliotheken nach rechtswissenschaftlichen Handschriften zu durchsuchen. Die Ergebnisse veröffentlichte er in seinem vierbändigen *Iter italicum* (1824–1836), in seiner Bibliotheca librorum manuscriptorum italica (1834) in seiner Ausgabe des Gajus etc. Diese Werke begründeten seinen Ruf und verschafften ihm 1833 den Rang eines Rathes am Appellationsgerichte der freien Städte in Lübeck und eine Professur in Halle. Von dort ging er nach Göttingen und dann kam er nach Bonn. Mit hoher wissenschaftlicher Begabung verband er die schönsten Eigenschaften des Charakters und eine Milde des Gemüthes, die seinen Verlust nicht bloß in Freundes- und akademischen Kreisen, sondern auch in der Bürgerschaft, für deren Wohl er als Stadtrath eifrig wirkte, hart empfinden läßt. Für die Errichtung des Arndt-Denkmal auf dem alten Bollwerk ist er seiner Zeit unermüdet thätig gewesen. Von seinen schriftstellerischen Werken sind noch zu erwähnen: *Enchiridion* und *System der in Deutschland geltenden Rechte* (Bonn 1847–1850), *Grundriss der Pandekten*, das *Kirchenrecht der Juden und Christen*, die evangelische Kirchengemeindeordnung für Rheinland-Westfalen. Von der neu in Neuweid versammelt gewordenen Synode war Blumme auch als zur General-Synode nach Berlin deputirt, in welcher sein gewichtiger Rath nimmermehr fehlen und sehr vermehrt werden wird.

Paris, 9. November. Der „Progrès du Nord“ veröffentlicht einen Brief, welchen Herr Thiers an die Abgeordneten der Marcere und Corne gerichtet hat. Wir theilen daraus folgenden Abschnitt mit:

Nizza, 2. Nov. 1874.

Was für Herrn Paris gethan werden konnte, ist schon mittelst eines nunmehr an die Öffentlichkeit gelangten Briefes des Herrn Camille Perier geschehen, der Alles dementirt, was anlässlich der bei Ihnen bevorstehenden Wahl im Namen der Verwaltung der Kohlengruben von Anzin versucht werden könnte. Schon lange ist unter uns Mitgliedern des Verwaltungsraths der Beschluß gefasst worden, daß die Direction der Kohlengruben von Anzin, welche verschiedenen Meinungen angehörende Anteilhaber vertritt, den Einfluß, der ihr aus dem verwalteten Gute erwächst, weder für noch gegen irgend einen Kandidaten geltend machen darf. Dieser Tage sind diese Prinzipien in einer Versammlung des Verwaltungsraths neuerdings zur Sprache gekommen, und der oben erwähnte Brief des Herrn Camille Perier verurtheilt seine Entstehung diesem Umstande. Noch bleiben aber die Rechte des Bürgers, auf die keiner von uns verzichten kann. Ich sehe daher nicht an, zu sagen, daß, wenn ich im Nord Wähler wäre, ich für Herrn Paris stimmen würde, den ich als einen einsichtigen, charakterfesten, aufklärten, der konservativen Republik ergebenen Mann kenne, der einzigen heute für uns noch möglichen Regierung, nachdem sich die Monarchie thatsächlich unmöglich erwiesen hat. Das habe ich Herrn Paris bereits gesagt; ich habe ihn ermächtigt, es zu wiederholen, und ermächtigte Sie ebenfalls dazu. Aber darüber hinausgehen, zu schreiben, wie ich dies in einem anderen Departement, der Vienne, that, wo ich mir keinerlei Zwang aufzuerlegen brauchte, hieße vielleicht die von dem Briefe des Herrn Perier bezogene Schranke überschreiten. Ich kenne übrigens unsere Umgebungen und unsere Angelegenheiten und weiß, daß alle Bemühungen scheitern werden, die den Zweck haben, sie zu verhindern, für jene weise Freiheit zu stimmen, welche wir nur von der konservativen Republik erwarten dürfen.

Empfangen Sie, meine lieben Freunde Corne und Marcere, die erneute Versicherung meiner alten und treuen Freundschaft.

A. Thiers.

Der größte Theil der französischen Bischöfe hat neuntägige Gebete für den Papst und die Kirche angeordnet. Auch der Bischof von Versailles hat in allen Kirchen und Kapellen seiner Diözese neuntägige Gebete, vom 28. November bis 6. Dezember, ausgeschrieben und befohlen, daß das *Veni Creator* am Sonntag, 6. Dezember, in allen Kirchen vor der großen Messe gesungen werde. Der Papst hat allen denen, welche an diesen verschiedenen Gebeten sich betheiligen, den großen Ablass bewilligt. Auch wurde eine Wallfahrt vom Erzbischof von Tours nach der Kathedrale dieser Stadt ausgeschrieben; diese dauerte vom 11. bis 15. November, und eine Anzahl Pariser betheiligte sich daran, da allen denen, welche am 11. November beichten und zum Abendmahl gehen und dann in einer dem Heiligen geweihten Kirche beten, um sich den Pilgern anzuschließen, der Papst ebenfalls vollen Ablass gewährt hat. Die offene kirchliche Propaganda gegen Italien wird also mit allem Eifer fortgesetzt. Und Angesichts dieser Propaganda der Klerikalen, welche von der Regierung nicht verhindert, sondern auf alle mögliche Weise begünstigt wird, macht das „*Vien Public*“ dem Fürsten Bismarck den Vorwurf, daß er es sei, welcher durch seine Organe Frankreich als eine klerikale, einzig und allein mit den Interessen der Kirche beschäftigte Nation darzustellen suche. Frankreich sei keineswegs klerikal und ultramontan, sondern den Prinzipien von 1789 treu geblieben. „*Vien Public*“ scheint nicht zu ahnen, was Frankreich werden wird, wenn der jetzige Zustand länger anhalten und die Ultramontanen alle Konfessionen erhalten haben werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 11. November. [Interessante Preßprozeße.] Von den vier Preßprozeßen, welche gestern vor der Kriminaltheilung des hiesigen Kreisgerichts öffentlich verhandelt wurden, betreffen die folgenden beiden Sachen Sclandalgeschichten aus der polnischen Gesellschaft.

Die am 20. Juni d. J. hierher erschienene Nr. 25 des „*Tygodnik Wielkopolski*“ brachte einen längeren Artikel mit der Ueberschrift: „*Opinia publiczna*“ (die öffentliche Meinung). In demselben wird erzählt, der Redakteur des „*Tygodnik*“, Dr. Szymanski, sei, nachdem er sich dem Gängelbunde der durch den „*Dziennik Poznański*“ aufgestellten Aktionäre des „*Tygodnik*“ entziffen, in die Hände der zweiten Koterie der Geldspekulanten, der Herren Szafarkiewicz, Szafarkiewicz und Komforten, denen die Stimme der öffentlichen Meinung möglicher Weise sehr unangenehm sein werde gefallen. Der Artikel war unterzeichnet: Wladislaus Graf Chotomski. Noch deutlicher spricht ein Artikel in Nummer 27 des „*Tygodnik Wielkopolski*“ vom 4. Juli d. J. aus. Dort heißt es:

Wir haben den Namen des Professors Dr. Szafarkiewicz in der

Nr. 25 genannt, indem wir ihn als handelndes Moment in die zweite Koterie der „*Groschenpekulanten*“ setzten. — Wir haben in Folge dessen den nachfolgenden Brief erhalten:

Posen, den 22. Juni 1874.

Lieber Redakteur!

Man hat mir gestern in Gnesen aus dem Juni-Mai-Gange der Industrie-Verein erzählt, daß Du in Deiner Zeitschrift meine Person angegriffen hast. Sollte dem so sein, dann fordere ich und bitte ich Dich, Du möchtest auf Grund unserer vielfachen ergebnissen Bekanntschaft, mir, sei es schriftlich oder lieber mündlich, die Gründe angeben, welche Dich veranlaßt, den ruhigen der Menschen, denn diese Meinung habe ich von mir, anzugreifen.

Freundschaftlicher Gruß

Szafarkiewicz.

Auf diese Aufforderung antworten wir, wie folgt:

Seiner Wohlgeboren Dr. Joseph Szafarkiewicz.

Posen, 23. Juni 1874.

Mein Joseph!

Ich erhielt gestern Deinen Brief. — So ist es! Ich habe Dich angegriffen, denn Dich bestach der Satan des Gewinns, Du hast viel Böses gethan. Eine der bedeutendsten — und die erste Ursache des Falles der Tellus-Bank bist Du, gemeinschaftlich mit Deinem Herzensfreunde Berends.

Deine Ausnutzung der Zementfabrikation und der Anlage eines Ziegel-Ofens steht in den Pforten dieser Bank als Verlust im Betrage von hundert und einigen Zehntausend Thalern.

Du hast durch Deine Operationen, welche Dir Vortheil gebracht haben, beinahe das für uns sehr wichtige Institut der Darlehenskasse vernichtet. Pfitzner — hat man mir gesagt — habe stark aus seiner eigenen Tasche das Herauswinden der Darlehenskasse aus dem Tellus-Sturze bezahlt, und er habe mit seinem Kredit und mit seinen Opfern dies Institut im kritischen Augenblicke kaum retten können, während Du, Präses desselben, zu Deinem Vergnügen nach Wien zur Ausfischung gereist bist.

Das hat Dir vielleicht Niemand zu sagen gewagt, — aber ich verleihe Dir, daß man allgemein, sogar unter den hiesigen Juden und Deutschen in Deinen und in Deines Bruders Namen das „f“ in „ch“ umwandelt. Frage jeden rechtschaffenen Mann, — zeige ihm deine meinen Brief, — und Du wirst Dich überzeugen, — daß ich Dir die Wahrheit sage.

Periblich habe ich nichts gegen Dich, — im Gegentheil, ich hatte Dich lieb, — ich achte dein Wissen; — mit Deinem Bruder war ich sogar h. freunde. Ich habe Dich nie besucht, denn außer den Schulzeiten hat uns unser Schicksal niemals in Berührung gebracht, — und weder hast Du mich, noch ich Dich jemals mit einem Glase Wasser gefüllt. Ich hatte demnach und habe sogar noch für Dich eine gewisse Sympathie, aber ganz ohne Interesse.

Daß Du aber der Gefährliche von den Leuten bist, welche ich als böses Beispiel aufstelle, — das verschweige ich Dir nicht. Zu schwer hast Du Dich gegen das Vaterland, sowie gegen unsere Gesellschaft durch dein böses Beispiel verhalten, als daß ich Dich unberücksichtigt lassen könnte. Rechtfertige Dich, wenn Du es im Stande bist. Gern bleibe ich Verleumder, denn von uns beiden kannst Du dem Lande mehr nützen, da Du mehr Anlagen hast als ich, — ansehnliche finanzielle Mittel, — Einfluß und Achtung in der Stadt unter den Handwerkern, welche Du verdienen läßt, — und Du bist sehr beliebt in hoch angesehenen Gesellschaftskreisen. Du bezauberst geradezu die Leute — durch Deinen Witz! Wenn Du nun unschuldig bist, um so glänzender wirst Du dann dastehen, nachdem Du Dich von diesen Vorwürfen gereinigt hast, — ich dagegen werde um so tiefer fallen.

Achte nicht darauf, wenn man Böses von dir spricht. Wer keinen Knoblauch isst, der riecht auch nicht danach“ pflegte Beglück zu sagen.

Wenn du schuldig bist, dann bewahrheitet sich Anselm Gostomski's Wort: „Gegen Wahrheit giebt es keinen Verstand.“

Wenn du aber in diesem Kampfe die Ehre verlierst, — nun, dann hast du ja nicht für sie gearbeitet, — und der Groschen, dem du nachjagst, bleibt dir unerschmälert.

Wir thuen nur die „*Dummen*“ leid, welche man auslachte, während man sie barbierte, — ein solcher Plater, den heute Alle mit Roth bemerken, und welcher demnach, — da er dein Treiben sah, aus einem Betrogenen ein Betrüger wurde. Mich schmerzen die Thränen der Familien, welche durch den Fall der Banken: Tellus, Maske, Smetchota, durch die Konfusion des Bognakawski, des ehrlichen Zielinski, welcher sich zu Tode härmte, in das Elend gerathen sind, mehr, als deine Arität und deine äußerst angenehme Gesellschaft. — Du bist Präses des Vereins der Industriellen, der Darlehnskasse — du bist demnach für uns ein öffentlicher Mann — und als zu einem solchen spreche ich öffentlich zu dir. Werde Privatmann, treibe sogar Buchergeschäfte, betrüge sogar Privatleute — ich werde nicht gegen dich auftreten.

Im Rechtswege werde ich Dir vielleicht Deine Unredlichkeit nicht nachweisen können, wenngleich die Mehrzahl Dich heimlich einer solchen beschuldigt. Verlasse mich! Ich werde verlieren; aber auch dann wird die öffentliche Meinung mir nachrufen, daß Du nicht gewandelt bist den Weg der rechtschaffenen Söhne Deines unglücklichen Vaterlandes. Du hast Zeit zur Ruhe und Mittel, das Böse, wenn auch nur zum Theil, wieder gut zu machen, — denn Dir hat Gott große Anlagen und ansehnliche Mittel gegeben.

Siehe, deshalb habe ich Dich angegriffen und entlarvt, und zwar dies um so kühner, da es hier keinen Zweiten giebt, welcher dies wagen würde. Man hat es mir als äußerst gefährlich geschildert, Dich anzugreifen, man hat mich beschworen, Dich nur in Frieden zu lassen, — denn gegen Dich komme ich in keiner Beziehung auf. Ich habe nichts — als den Glauben, daß das, was ich Dir gesagt habe, die Wahrheit ist — und daß es meine Pflicht ist, Dir Deine patriotische Maske herunterzureißen. True, was Du willst, — denn Dich kenne ich von Allen hier am besten und persönlich, noch von der Schule her.

Man glaubt jetzt, daß ich durch persönliche Rücksichten mich leiten lasse. Selbst meinem Vater, meinem Bruder würde ich dasselbe sagen, was ich Dir gesagt, wenn sie in deiner Stelle wären, denn mir geht es weniger um persönliche Freiheit, noch um persönlichen Gewinn, noch um leeren Schall, sondern mich brennen die Thränen derer, welche als Opfer des Tellus stiegen, den Du untergraben hast; — mich schmerzt die Noth der Handwerker, denen Du mit Deinen Spiegelgläsern zu Tausenden die Thaler genommen, als Ihr in der Darlehenskasse Geld hattet, um nur mit Hunderten von Thalern unseren armen Gewerbetreibenden aufzuhelfen. Und Ihr, die Ihr schon so essen gehabt, dachtet nur an Euch zum Schaden Anderer. Deshalb habe ich Dich angegriffen.

Wlad. Graf Chotomski.

In den in diesen Artikeln enthaltenen Behauptungen: Szafarkiewicz sei nicht Anderer „*Groschenpekulant*“ und ihm und seinen Complicen sei der Redakteur Dr. Szymanski in die Hände gefallen, sowie darin, daß behauptet wird, Szafarkiewicz und sein Herzensfreund Berends sei die erste Ursache des Falles der Bank „*Tellus*“ gewesen, indem Szafarkiewicz den Tellus zu seinen Vortheilen ausgenutzt, und durch finanzielle Operationen den Darlehensverein geschädigt, so daß er den Namen „*Szafarkiewicz*“ verdiene, wie er bereits von allen Juden und Deutschen genannt würde, ferner in der Aeußerung, er habe sich mit Spiegelgläsern verbunden und mit diesen Tausende von Thalern der Darlehenskasse entzogen, erblickt die Anklage den Thatbestand der Beleidigung.

Außerdem hatte sich Graf Wladislaus Chotomski heute auch noch wegen eines anderen Preßvergehens zu verantworten. Der „*Tygodnik Wielkopolski*“ brachte am 1. August c. einen Artikel mit der Ueberschrift: „*Wladislaus Graf Chotomski*“. Noch etwas vom Theaterchen auf dem Hofe des Herrn Gehanowski.

In diesem Artikel, welcher gleichfalls die Unterschrift des Grafen Chotomski trägt, wird der Director des Aufsichtsraths der Aktien-Gesellschaft „*Teatr polski w ogradzie Potockiego*“, Janas von Grabowski in Gemeinschaft mit Jajans (Procursist der Bank Kwikied, Potocki et Comp.), Grabowski (Bankdirector in Posen) und Dobrowolski (Chefredakteur des „*Dziennik Poznański*“) ein „*Mann ohne*

Gewissen“ genannt und behauptet, daß dieselben, das Geld vergeudet hätten und daß namentlich Grabowski eigennützig Zweck verfolgt und befristet habe. Grabowski, Grabowski, Jajans und Gehanowski (Baumeister und früher Stadtrath in Posen) werden in jenem Artikel sogar mit dem Titel „*Verschänder des National-Groschens*“ belegt. Es ist ferner in dem Artikel gesagt, daß Publikum habe den oben genannten Personen sein Vertrauen nicht deshalb geschenkt, damit dieselben unrein würden und das Vertrauen täuschten. Außerdem nennt der Artikel die Direction „*schwefelhaft*“, denn sie habe, um den „*großen Patrioten*“ Grabowski und Jajans einen Gefallen zu thun, den allerhöchsten und theuersten Platz zu dem Theater ausgewählt.

Wegen dieses Artikels hatte Hr. Janas v. Grabowski wegen Beleidigung den Strafantrag gegen Graf Chotomski gestellt. Der Angeklagte war nicht erschienen; es wurde daher wegen beider Artikel in contumaciam gegen denselben verhandelt. Der als Zeuge erschienene Professor Szafarkiewicz erklärte die ihm vom Grafen Chotomski gemachten Vorwürfe für vollständig ungerechtfertigt; auch sei er bereits zwei Jahre vor dem Sturze des Tellus aus demselben ausgeschieden.

Seitens der Staatsanwaltschaft wurde wegen wiederholter Beleidigung gegen den Angeklagten eine dreimonatliche Gefängnisstrafe beantragt. Der Gerichtshof erkannte mit Rücksicht auf die Schwere und Deffentlichkeit der Beleidigung diesem Antrage gemäß, auch wurde den beiden Beleidigten die Befugnis zugesprochen, den Tenor des Erkenntnisses auf Kosten des Angeklagten im „*Tygodnik Wielkopolski*“ und „*Dziennik Poznański*“ zu veröffentlichen. Auch wurde die Unbrauchbarmachung der inkriminirten Artikel beschlossen.

Vermischtes.

* **Die Affaire Kirstein** beschäftigt an Ort und Stelle noch unausgesetzt die Gemüther. Man hält es geradezu für unerklärlich, daß der Staat, wenn er durch seine Organe, im vorliegenden Falle durch die gerichtlichen Behörden, einen gemeinen Verbrecher stückweise verfolgen läßt, nicht auch die Mittel hergeben soll, um diesen Verbrecher, nachdem man ihm jetzt in America ansitzig und dingfest gemacht hat, vor das forum delicti commisi, d. i. das Königl. Kreisgericht zu Culm, zu führen. Es ist daher die Absicht der von Kirstein Betrogenen, die Sache, nachdem die Instanzen erschöpft sein sollen, in einer Petition vor das Abgeordnetenhaus zu bringen.

* **Die Kirstein-Affaire** in Potsdam scheint sehr große Dimensionen anzunehmen, denn die Zahl der Verhafteten beträgt nun bereits fünf. Am Mittwoch wurde wieder ein Gutsbesitzer Piegmann nebst Frau in Haft genommen, die gleichfalls Handlanger in der Spigerei gewesen zu sein scheinen. Piegmann hat eine rasche Carrière gemacht, er war erst Eisenbahn-Schaffner, dann Uhrmacher, wurde 1870 Invalide, kam dann schnell zu Reichthümern und avancirte schließlich zum Gutsbesitzer. (Trib.)

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wainer in Posen.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Sondage, 11. Nov. Nach Meldungen von der spanischen Grenze suchen die Regierungstruppen die Carlisten von ihrer Operationsbasis abzuschneiden und zum Uebertritt nach Frankreich oder zur Waffenstreckung zu zwingen. Die Regierungstruppen sind deshalb aus San Sebastian ausgeschieden. Seit gestern finden zwischen Renteria und Oyarzun heftige Kämpfe statt, deren Ausgang indeß noch unbekannt ist. Die Besatzungstruppen von Bilbao, Vittoria und Irun sind bereit die Bewegungen zu unterstützen, welche zugleich bezweckt, Pampelona zu verproviantiren.

Rom, 11. November. Von 508 Wahlcollegien sind 483 Resultate bekannt. Von den definitiven Wahlen waren 144 für die Rechte, 110 für die Linke günstig. Bei den engeren Wahlen kann die Rechte sicher auf 83, die Linke auf 40 Resultate rechnen. Bei 60 Wahlen erzielten die Kandidaten der Rechten, bei 36 die Kandidaten der Linken geringe Majorität.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 10. Novbr., Nachmittags. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. November 18 1/2, pr. November-Dezember 18 1/2, pr. April-Mai 55 Mt. 50 Pf. Weizen pr. Nov. 62 Roggen pr. Novbr. 53 1/2, pr. November-Dezember 51 1/2, pr. April-Mai 146 1/2 Mt. Rübsöl pr. Nov.-Dezbr. 17 1/2, pr. April-Mai 56 1/2 Mt. pr. Mai-Juni 57 1/2 Mt. — Zink fest. — Wetter: Sehr schön.

Bamburg, 10. Nov. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine still, Roggen loco und u. auf Termine fest, Weizen 126 pfd. pr. November 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 187 B., 186 G., Roggen pr. November 1000 Kilo netto 158 B., 157 G., pr. November-Dezember 1000 Kilo netto 155 B., 154 G., pr. Dezember-Januar 1000 Kilo netto 154 B., 153 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 151 B., 150 G. Hafer loco und auf Termine. Rübsöl still, loco u. pr. November 54, pr. Mai pr. 200 Pfd. 57 1/2. Spiritus matt, pr. November pr. Dezember-Januar pr. März-April u. pr. April-Mai pr. 100 Liter 100 pCt. 45 1/2. Raffee ruhig, Umfak 3000 Sad. Petroleum beh., Standard white loco 9, 20 B., 9, 15 G., pr. November 9, 15 G., pr. Dezbr. 9, 45 Gd., pr. Januar-März 9, 80 Gd. — Wetter: Regen.

Bremen, 10. November. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 9 Mt. 60 Pf., bis — Mt. — Pf. bez. Rubia.

Amsterdam, 10. Novbr., Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen geschäftslos, pr. November —. pr. März 262. Roggen loco und u., pr. März 184 1/2, pr. Mai 181. Raps pr. Herbst 335 fl. Rübsöl loco 30 pr. Herbst 29 1/2, pr. Frühjahr 33. — Wetter: Veränderlich.

Köln, 10. November, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter bedeckt, Weizen matter, hiesiger loco 7, fremder loco 6 2/2, pr. November 6, 17, pr. März 18 Mt. 45 Pf., pr. Mai 18 Mt. 50 Pf. Roggen beh., hiesiger loco 6, 5, pr. November 5, 7, pr. März 14 Mt. 65 Pf., pr. Mai 14 Mt. 50 Pf. Rübsöl fester, loco 9 1/2, pr. Mai 31 Mt. 20 Pf. Leinöl loco 10 1/2.

Paris, 10. November, Nachmittags. (Produktenmarkt.) Weizen fest, pr. Nov. 52, 25, pr. Januar-April 52, 50, pr. März fest, pr. November 52, 50, pr. Januar-April 52, 50, pr. März-Juni 53, 50. Rübsöl ruhig, pr. November 72, 00, pr. November-Dezember 74, 00, pr. Januar-April 74, 00. Spiritus weich, pr. Nov. 53, 00. — Wetter: Bedeckt.

Antwerpen, 10. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt (Schlußbericht).) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Hafer unverändert, Gerste stetig. Odeffa 18 1/2.

Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 23 1/2 B., u. B., pr. November 23 1/2 B., pr. Dezember 24 B., pr. Januar 24 1/2 B. Matt.

Liverpool, 10. November, Vormittags. Baumwoll (Anfangsbericht). Mathematischer Umfak 10,000 B. Unverändert. Tagesimport 28,000 B., davon 11,000 B. amerikanische, 9,000 B. ostindische. Upland nicht unter good ordinary November-Dezbr. Verfrachtung 7 1/2, Dezbr.-Januar 7 1/2, Upland nicht unter low middling Februar-März-Lieferung 7 1/2 d.

Liverpool, 10. November, Nachmittags. Baumwoll (Schlußbericht). Umfak 12,000 B., davon für Speculation und Export 2000 B. Unverändert.

Middl. Orleans 8 1/2, middling amerikan 7 1/2, fair Hollerach 5 1/2, middl. fair Hollerach 4 1/2, good middling Hollerach 4 1/2, middl. Hollerach 3 1/2, fair Bengal 4 1/2, fair Broad 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 5 1/2, fair Madras 4 1/2, fair Pernam 7 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 8.

Berlin, 10. Novbr. Wind: SW. Barometer 27, 11. Thermo-
meter früh + 4° R. Witterung: heftig.

Koggen eröffnete in sehr ruhiger Haltung, nahm im Laufe des
Marktes aber eine entschieden feste Haltung an und mäßige Kaufkraft
genügte, um die Preise bemerkbar zu heben. Nachdem der Begehr be-
friedigt, schloß der Markt wieder sehr ruhig. Waare machte sich heute
sehr knapp, so daß Verkäufer höhere Preise erzielen konnten. Getreide
2000 Ctr. Kündigungspreis 52½ Rtl. per 1000 Kilogr. — Koggen meh-
len fest. — Weizen bei nur geringer Kaufkraft etwas höher; die
Anforderungen sind recht spärlich. — Hafer loco kaum preis altend,
Termine hingegen rege begehrt und besser bezahlt. Getreide 2000 Ctr.
Kündigungspreis 58½ Rtl. per 1000 Kilogr. — Rüböl hat bei etwas
stärker hervortretender Kaufkraft sich neuerdings im Werte gebessert. —
Petroleum. Getreide 2250 Barrels. Kündigungspreis 7 Rtl. per 100
Kilogr. — Spiritus in beschränktem Verkehr. Die Haltung hatte
schließlich einen matten Anstrich.

Weizen loco per 1000 Kilogr. 58—72 Rtl. nach Qual. gef., gelber
per diesen Monat 60½—61½ Rtl., Nov.-Dez. do., Debr.-Jan. —, April-
Mai 184—185 Rtl. M. J. —, Mai-Juni 186—187 Rtl. — Koggen loco
per 1000 Kilogr. 50—59 Rtl. nach Qual. gef., neu russischer 54—55, in-

Breslau, 10. November.

Geschäftslage.

Freiburger 105. do. junge. — Oberschles. 168½. R. Ober-
ufer St. A. 117½. do. do. Prioritäten. — Franken 182½. Kom-
barden 81½. Italiener. — Silberrente 68½. Rumänier 36. Bres-
lauer Diskontobank 89½. do. Wechselb. 76½. Schles. Bank 111½.
Kreditaktien 139½. Laurahütte 134½. Oberschles. Eisenbahnb. —
Deutscher Bank 92. Russ. Banknoten 94½. Bresl. Makler-
bank —. do. Makl.-B. —. Prov. Maklerb. —. Schles. Ver-
einbank 92½. Ostdeutsche Bank —. Bresl. Prov. Wechselb. —.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 10. Novbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.
Fest und lebhaft.
[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 119½. Pariser Wechsel 95. Wie-
ner Wechsel 107. Franzosen 318½. Böhm. Weib. 212½. Lombard-
den 143½. Galizier 258½. Eisenbahnb. 205½. Nordwestbahn 149½.
Kreditaktien 24. Russ. Bodenkredit 90½. Russen 187½. — Silber-
rente 68½. Papierrente 64½. 1860er Loose 107½. 1864er Loose 173.
Amerikaner de 82 97½. Deutsch-Oesterreich. 89½. Berliner Bankverein
87½. Frankfurter Bankverein 88½. do. Wechselbank 85. National-
bank —. Meiningen Bank 101½. Sächsische Effektenbank 117½.

Berlin, 10. November. Die Börse eröffnete heute in ziemlich
fester Stimmung; in dieser Richtung waren namentlich die auswärtigen
Notierungen wirksam und der heute publizirte Bankausweis zeigte
in den einzelnen Positionen auch fast ausschließlich günstige Verände-
rungen. Sehr bald aber schwächte sich die Haltung etwas ab und
war dann bis zum Schluß unentschieden und theilweise matt. Berur-
sacht wurde diese Wandlung durch ein stärkeres Hervortreten der
Contemtime mehr als durch innere Gründe, wenn man auf einer
Bulawerter Depesche absteigt, die sich allerdings zunächst nur auf Ru-
mänischen Eisenbahn-Aktien bezog, aber auch im Allgemeinen verstim-
mend wirkte. Die Course auf spekulativem Gebiet schlossen durch-
schnittlich etwas matter als gestern.

Der Kapitalmarkt bewahrte, wie die Kassawerte der anderen
Verkehrsgebiete eine im Allgemeinen feste Tendenz und für inländische
Anlageverthe zeigte sich etwas regerer Begehr. In ihrer Gesamtheit

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 10. November 1874.

Deutsche Fonds.	
Consolidirte Anl.	105½
Staats-Anleihe	99½
Staats-Schuld.	91½
Präm. St. Anl. 1855	128½
Kurb. 40 Jhr. Anl.	77
R. u. Neum. Schuld.	94½
Deutsche Eisenb.-Anl.	100½
Berl. Stadt-Anl.	102½
do. do.	101½
do. do.	91½
Berl. Börsen-Anl.	100½
Berliner	105½
Kurb. u. Neum.	87½
do. do.	86½
do. neue	103½
Österreichische	87½
do. do.	86½
do. do.	102½
Pommersche	87½
do. neue	95½
Pommersche neu	94½
Schlesische	85½
Westpreussische	86½
do. do.	95½
do. Neuland.	94½
do. do.	101½
Kurb. u. Neum.	98½
Pommersche	98
Pommersche	97½
Pommersche	98
Rhein-Westf.	99
Schlesische	98½
Schlesische	97½
Both. Pr. Pfbr. I.	106½
Pr. Pfbr. C. d. H. v.	102½
Pr. Pfbr. C. d. H. v.	102½
Pomm. Hyp. Pr. B.	105
Pr. Pfbr. C. d. H. v.	100½
do. (110 Jhr.) unk.	107½
Krupp Pf. C. d. H. v.	100½
Rhein. Prov. Obl.	101½
Antalt. Rentenbr.	97½
Meiningen Loose	51
Mein. Hyp. Pfbr. B.	100½
Pomb. Pr. A. v. 1866	54½
Ostpreuss. Loose	41½
Bad. St. A. v. 1866	101½
do. Pfbr. C. d. H. v.	116½
Neuebad. Pfbr. Loose	41
Badische St. Anl.	104½
Bair. Pr. Anleihe	117½
Deff. St. Präm. A.	111½
Friedrich	55½
Mein. Schuld.	87½
Rhein. Pfbr. C. d. H. v.	104½

Ausländische Fonds.

Präm. Anl. 1881	6 103½
do. do. 1882 gef.	6 97½
do. do. 1885	6 102½
Newyork. Stadt-A.	7 100½
do. Goldanleihe	6 98½
Kanal. 102 Jhr. Loose	11½

Land. 56—58½ ab Bahn bz., per diesen Monat 52½—53 Rtl., Nov.-Dezbr.
51 Rtl., Frühl. 146½—148 Rtl. M. J. —, Mai-Juni 145½—147 Rtl. — Gerste
loco per 1000 Kilogr. 52—55 Rtl. nach Qual. gef. — Hafer loco per
1000 Kilogr. 53—54 Rtl. nach Qual. gef., oft u. weissen 57—61,
galiz. u. ungar. 53—57, pomm. und medl. 60—63, neu russ. 55—59 ab
Bahn bz., per diesen Monat 58½ Rtl., Nov.-Dez. 57½ Rtl., Frühl. 169
—170—169½ Rtl. M. J. —, Mai-Juni 168—169 Rtl. — Erbsen per
1000 Kilogr. 67—75 Rtl. nach Qual., Futterwaare 61—66 Rtl.
nach Qual. — Raps per 1000 Kilogr. — Feinöl loco per 1000
Kilogr. ohne Faß 22½ Rtl. — Rüböl loco per 100 Kilogr. ohne Faß 17½
Rtl. bz., mit Faß —, per diesen Monat 17½ Rtl., Nov.-Dez. do.,
Debr.-Jan. —, April-Mai 57—57½ Rtl. M. J. —, Mai-Juni 58—58½ Rtl.
— Petroleum raff. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loco
7½ Rtl. bz., per diesen Monat 7 Rtl., Nov.-Dez. do., Debr.-Jan. —,
April-Mai — Spiritus per 100 Liter a 100 pSt. = 10,000 pSt.
loco ohne Faß 18 Rtl. 23 Sgr. bz., per diesen Monat — loco mit Faß
—, per diesen Monat 18 Rtl. 16 Sgr. bz., Nov.-Dez. 18 Rtl. 11—12—
10 Sgr. bz., Januar-Febr. 55,8—2 Rtl. M. J. —, April-Mai 53,8—57—
56,8 Rtl., Mai-Juni 57,2—57,4—57,2 Rtl. M. J. — Weizenmehl
Nr. 0 9½—9½ Rtl., Nr. 0 u. 1 8½—8½ Rtl., Roggenmehl Nr. 0 8½—8½ Rtl.,

Kontinental 92. Rodford 14½. Siberia —. Prov.-Dist. Gef. 82½.
Darmstädter Bank 390½. Hess. Ludwigsb. 134½.

Frankfurt a. M., 10. Novbr., Abends. [Effekten- u. Societät.
Kreditaktien 243½. 1860er Loose —, Franzosen 318½, Galizier
257, Lombarden 143½, Darmstädter Bank —, Eisenbahnb. 204½,
Nordwestbahn 142½, Meiningen Bank —, Silberrente —, Sächsische
Effektenbank —, Ungar. Loose 101½, Papierrente 64½, Bankaktien —,
Nationalbank 104½, Franz-Josefsbahn —, Ungar. Schatzbonds 89½.
Gefährlos.

Wien, 10. November, Nachm. 1 Uhr 40. Min. Kreditaktien 234,
25, Anglo-Austr. 154, 25. Matt, Renten beliebt.
Still und unbelebt. Staatsloose, Renten und einzelne Bahnen
höher, Gesamtverkehr schleppend.

[Schlußkurse.] Papierrente 70, 20. Silberrente 74, 40. 1854er
Loose 101, 00. Bankaktien 98, 00. Nordbahn 1878, — Kreditaktien
234, 75. Franzosen 300, 00. Galizier 245, 75. Nordwestbahn 142,000,
do. Lit. B. 64, 00 London 110, 40. Paris 43, 95. Frankfurt 92, 30.
Böhm. Eisenbahn 203, 00. Kreditloose 166, 00. 1860er Loose 109, 20.
Lombard. Eisenbahn 133, 00. 1864er Loose 138, 00. Unionbank 126, 50.
Anglo-Austr. 154, 00. Austro-türkische 154, 00. Napoleons 8, 90½. Du-
katens 5, 23½. Silberloose 105, 00. Eisenbahnb. 193, 00. Ungar.
Präm. 84, 20. Preussische Banknoten 1, 63½.

Paris, 10. November, Nachmittags 3 Uhr.
Ruhig.

beit aber blieben die Umsätze sehr geringfügig und konstatirten nur
einige per ultimo gehandelte Devisen durch lebhafteres Geschäft eine
Ausnahme.

Der Geldstand zeigte keine wesentliche Veränderung; doch schien
das Privatdiskonto etwas anziehen zu wollen, für erste Devisen stellte
es sich auf 4 pSt.

Von den österreichischen Spekulationspapieren wurden Kreditaktien
verhältnismäßig lebhaft und zwar anfänglich zu höheren, später nach-
gebenden Coursen umgesetzt, auch Lombarden wurden ziemlich lebhaft
gehandelt, Franzosen weniger beachtet und wie erstere gleichfalls schließ-
lich etwas schwächer.

Die fremden Fonds waren behauptet und ruhig, Türken matter,
Italiener und Oesterreichische Renten wenig verändert, Looseeffekten
eher etwas besser, Russische Anleihen und Amerikaner theilweise
gefragt.

In- u. ausländische Prioritäts- Obligationen.	
Nachn.-Mairtricht	4 98½
Ostdeutsche Bank	4 77
do. Produktentf.	4 15
Deutscher Kreditbank	4 140½
Preuss. Prov.-Bf.	4 109½
do. Prov. Wech. Bf.	4 109
Pr. Bod.-u. A. B.	4 110½
do. Bankentf.	4 181
do. Str.-Bd. 40 pr.	4 121
Rostocker Bank	4 113
Sächsische Bank	4 128½
Schles. Bankverein	4 112
Thüringer Bank	4 101½
Weimarsche Bank	4 94½
Prz.-Hyp. Verfsch.	4 125½

In- u. ausländische Prioritäts- Obligationen.	
Nachn.-Mairtricht	4 98½
Ostdeutsche Bank	4 77
do. Produktentf.	4 15
Deutscher Kreditbank	4 140½
Preuss. Prov.-Bf.	4 109½
do. Prov. Wech. Bf.	4 109
Pr. Bod.-u. A. B.	4 110½
do. Bankentf.	4 181
do. Str.-Bd. 40 pr.	4 121
Rostocker Bank	4 113
Sächsische Bank	4 128½
Schles. Bankverein	4 112
Thüringer Bank	4 101½
Weimarsche Bank	4 94½
Prz.-Hyp. Verfsch.	4 125½

Eisenbahn-Aktien u. Stamm- Prioritäten.	
Nachn.-Mairtricht	4 30½
Altona-Kieler	5 112½
Amsterd.-Rotterd.	4 105½
Bergisch-Märkische	4 84½
Berlin-Anhalt	4 144½
Berlin-Görlitz	4 79½
do. Stammpr.	5 100½
Balt. russ. (gar.)	3 52½
Brest-Kiew	5 53½
Breslau-Warsch. S.	5 41½
Berlin-Hamburg	4 190½
Berlin-Potsd.-Magb.	4 100½
Berlin-Stettin	4 144
Böhm. Westbahn	5 90½
Brest-Grajewo	5 28½
Bresl.-Schw.-Frb.	4 104½
Rhein-Minden	4 129½
do. Lit. B.	5 108½
Crefeld-R. Kempen	5 3
Galiz. Carl-Ludw.	5 111½
Halle-Sorau-Gub.	4 30½
do. Stammpr.	5 54½

Nr. 0 u. 1 8—7½ Rtl. per 100 Kilogr. Brutto unverst. inkl. Sad. —
Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unverst. inkl. Sad. per
diesen Monat 8—8 Rtl. 1 Sgr. bis 8 Rtl. bz., Nov.-Dez. 7 Rtl. 21½—22½
Sgr. bz., Jan.-Febr. 22,8 Rtl. M. J. —, Febr.-März 22,6 Rtl., April-Mai
22,2 Rtl., Mai Juni —.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum.	Stunde	Barometer 760 über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
10. Novbr.	Nachm. 2	27" 10" 08	+ 7° 4	SW 2-3	trübe. St.
10. "	Abends. 10	27" 7" 42	+ 5° 4	SW 2	bedeckt. Regen.
11. "	Morgs. 6	27" 7" 09	+ 2° 2	SW 2-3	heiter. St., Cu.-st.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 9. Novbr. 1874 12 Uhr Mittags 0.16 Meter.
" 10. " " " " 0.16 "

[Schlußkurse.] 3 Proz. Rente 62, 05 Anleihe de 1872 98 67½.
Ital. 5proz. Rente 67, 45. Ital. Tabakaktien —. Franzosen 680,
00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 302, 50. Lombard. Prioritäten 251, 00.
Türken de 1865 45, 25. Türken de 1869 272, 50. Türkenloose 123, 75.

London, 10. November, Nachmittags 4 Uhr.
6proz. ungar. Schatzbonds 33½.
Rente 93½, Italien. 5proz. Rente 67½. Lombarden 12½.
5proz. Russen de 1871 —. 5proz. Russ. de 1872 99½. Silber 58.
Türk. Anleihe de 1865 44½. 6proz. Türken de 1869 53½. 6proz.
Türk. Bonds —. 6proz. Vereinst. St. pr. 1882 102½. Oesterreichische
Silberrente 68½. Oesterreich. Papierrente 63½.

Wechselnotierungen: Berlin N. 70. Samara 3 Monat 20, 70.
Frankfurt a. M. 20, 70. Wien 11, 30. Paris 25, 45. Petersburg 32½.

New-York, 9. November, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Gold-
Notierung des Goldagio 107½, niedrigste 107½. Wechsel auf London
in Gold 4 D. 85½ C. Goldagio 107½, % Bonds de 1885 —. do.
neue 5proz. fundirt 111½. % Bonds de 1887 117. Erie-Bahn 28½.
Central-Pacific 94½. New-York Centralbahn 102½. Baumwollen in
New-York 14½. Baumwollen in New Orleans 14½. Weib. 5 D. 05 C.
Raffin. Petroleum in New-York 11. do. Philadelphia 107½. Rother
Frühjahrsweizen 1 D. 18 C. Mais (old mixed) 91. Zucker (Fair
refining Muscovados) 8½. Raffee (Rio-) 18½. Getreidefracht 5½.

Deutsche und Preussische Staatsfonds, sowie Landeskassentische Pfand-
und Rentenbriefe hatten in recht fester Haltung verhältnismäßig gute
Umsätze für sich. Prioritäten blieben still und fast unverändert, einige
Preussische 4½- und 5prozentige Devisen waren gefragt.

Auf dem Eisenbahnen-Markt erhielt sich dauernd eine recht feste
Tendenz bei ruhigem Verkehr. Rheinische und Bergische Märkische, so-
wie Magdeburg-Halberstadt und Oberschlesische konnten unter den
Preussischen Bahnen etwas besser werden, während Berlin-Anhalt und
Berlin-Potsdam sich schwächer stellten.

Oesterreichische Nebenbahnen waren zu behaupteten Coursen in
mäßigem Verkehr; Galizier waren namentlich anfangs steigend, Nord-
westbahn fest und wie erstere ziemlich belebt. Rumänen anfangs flau,
belebten sich später.

Bankaktien und Industrieaktien blieben behauptet, aber still;
Hauptdevisen zumeist etwas besser und lebhafter.

Industrie-Papiere.	
Aquarium-Aktien	75 B
Bazar-Aktien	116 B
Bismarck-Luch.-B.	19 B
Berliner Papierfab.	47½ B
do. Brauerei	70½ B
do. Brauer. Tivoli.	96½ B
Brauer. Vaghenhof.	106 B
Brauer. Moabit	69 B
Bresl. Br. (Wiesener)	31½ B
Deut. Stahl- u. A.	8½ B
Erdbmannsb. Spin.	58½ B
Esling. M. Eisen.	2 B
Flora, A. Gef. Berl.	23 B
Forster. Tuchfabrik	46 B
Gummifabr. Jönckeb.	49 B
Hannov. Masch. G.	63 B
(Egelforf)	134½ B
Rön. u. Laurahütte	36 B 38 B
Rönigsberg-Bulkan	36 B
Robt. Schl. Maschin.	31½ B
Fabrik (Egelforf)	67 B
Marienhütte	38 B
Münch. Chemnitz	32 B
Niederschles. A. G.	37½ B
Saline u. Soolbad	90½ B
Schles. Rein. Kramf.	56½ B
Ver. Magd. Spr. Br.	48 B
Wellbau u. Bohnw.	48 B

Versicherungs-Aktien.	
A. Münch. F. B. G.	2550 G
Alach. Rück-Verf. G.	575 G
Allg. Eisenb. V. G.	485 G
Berl. u. N. B. V. G.	260 G
do. Feuer-Verf. G.	352 G
do. Hagel-Verf. G.	225 G
do. Lebens-V. G.	680 G
Colonie, F. B. G.	1930 G
Concordia, F. B. G.	674 G
Deutsche F. B. G.	185 G
do. Trip. V. G.	130 G
Dresd. Allg. Ver. V.	305 G
Düsseldorf. do.	380 G
Elberfeld. F. B. G.	898 G
Fortuna, Allg. Ver.	270 G
Germania, F. B. G.	130½ G
Gladbach. F. B. G.	400 G
Rölnische Hag. V. G.	125 B
do. Rückverf. Gef.	164 B
Leipziger Feuer-V.	1990 G
Magdb. Allg. Ver. V.	97 G
do. Feuer-V. G.	660 B
do. Hagel-Verf. G.	70 G
do. Lebens-V. G.	100 G
do. Rückverf. Gef.	160 B
Medlenb. Lebensv.	—
Nieder. Güt. Verf. G.	246 G
Nordstern. Verf. V. G.	200 B
Preuss. Hagelverf. G.	90 B
do. Hyp. V. A. G.	125½ B
do. Lebens-V. G.	103 G
do. Nat. Verf. G.	229½ G
Providentia, F. B. G.	160 G
Rhein. Allg. Verf. G.	—
do. do. Rück-V. G.	65 G
Schlesische do. do.	161 G
Schleier. Feuer-V. G.	220 B
Thuringia. Verf. G.	100½ G
Union, Hagel-Verf.	110 G
do. Ver. u. F. B. G.	—

Gold, Silber u. Papiergeld.	
Louisdor	110½ G
Souverains	6 24½ G
Napoleonsonder	5 12½ G
Dollar	1 11½ G
Imperial	5 17½ G
Fremde Banknoten	99½ B
do. (einf. i. Leipz.)	99½ B
Deutscher Banknoten	92½ B
do. Silbergulden	95½ B
Russ. Not. 100 R.	94½ B

Wechsel-Kurse.	
Berliner Bankdisk.	6
Amsterd. 250 fl. St.	144½ B
do. do. 2M. 3.	143½ B
London 1 Sfr. 8 T.	6 24½ B
Paris 300 Fr. 8 T.	81½ B
do. do. 2M. 3.	80½ B
Belg. Bankpl. 300	81½ B
do. 8 T. 4.	80½ B
do. 300 Fr. 2M. 4.	80½ B
Wien 150 fl. 8 T.	91½ B
do. do. 2M. 5.	91½ B
Magdb. 100 fl. St.	56 20 G
Leipz. 100 fl. St.	56 20 G
Petersb. 100 R. 3 T.	94 B
do. do. 3M. 6.	94 B
Warsch. 100 R. St.	94 B